

Unterrichtung

durch den Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung

Stellungnahme des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung zum Indikatorenbericht 2014 „Nachhaltige Entwicklung in Deutschland“ des Statistischen Bundesamtes

und

Erwartungen an den Fortschrittsbericht 2016 der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Nachhaltige Entwicklung und deren Management	3
1. Eine verbesserte Zusammenarbeit der Akteure	3
2. Eine Verbesserung der Nachhaltigkeitsprüfung im Rahmen der Gesetzesfolgenabschätzung	3
3. Eine qualitative und ambitionierte Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele	4
4. Eine breite Teilhabe und Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit	4
5. Eine deutlich sichtbare Vorreiterrolle	4
II. Bewertung der Indikatoren	
1. Überblick	4
2. Bewertung des Stands der Umsetzung	5
A – GENERATIONENGERECHTIGKEIT	
Indikator 1 – Ressourcenschonung	5
Indikator 2 – Klimaschutz	5
Indikator 3 – Erneuerbare Energien	6
Indikator 4 – Flächeninanspruchnahme	6
Indikator 5 – Artenvielfalt	7
Indikator 6 – Staatsverschuldung	7
Indikator 7 – Wirtschaftliche Zukunftsvorsorge	8
Indikator 8 – Innovation	8
Indikator 9 – Bildung	8

	Seite
B – LEBENSQUALITÄT	
Indikator 10 – Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit	9
Indikator 11 – Mobilität	9
Indikator 12 – Landbewirtschaftung	10
Indikator 13 – Luftbelastung	11
Indikator 14 – Gesundheit und Ernährung	12
Indikator 15 – Kriminalität	12
C – SOZIALER ZUSAMMENHALT	
Indikator 16 – Beschäftigung	13
Indikator 17 – Perspektiven für Familien	13
Indikator 18 – Gleichstellung	13
Indikator 19 – Integration	14
D – INTERNATIONALE VERANTWORTUNG	
Indikator 20 – Entwicklungszusammenarbeit	14
Indikator 21 – Märkte öffnen	15

I. Nachhaltige Entwicklung und deren Management

Bei allen in den letzten Jahren erreichten Fortschritten zeigt der Indikatorenbericht 2014 des Statistischen Bundesamtes, dass wesentliche Ziele der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie noch nicht erreicht sind und ihre Umsetzung bis 2020 unsicher oder nahezu unmöglich ist. Die Gründe dafür sind vielfältig und offenbaren einen dringenden Handlungsbedarf. Nur mit erhöhten Anstrengungen kann es gelingen, die selbst gesteckten Ziele zu erreichen.

Bei der anstehenden Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie geht es diesmal nicht nur darum, Ziele oder Indikatoren fortzuschreiben. Durch die am 25. September 2015 von den Vereinten Nationen verabschiedete „2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung“ und die darin formulierten 17 globalen Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) erhöhen sich die Anforderungen an die deutsche Nachhaltigkeitspolitik. Die Umsetzung der SDGs in Deutschland soll im Rahmen der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie erfolgen, weil hiermit bereits ein funktionierender institutioneller Rahmen vorhanden ist. Deutschland muss glaubhaft belegen, dass eine nachhaltige Entwicklung möglich ist, ohne dabei auf Lebensqualität oder Wohlstand verzichten zu müssen.

Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung (PBnE) fordert daher:

1. Eine verbesserte Zusammenarbeit der Akteure

Die Bundesregierung sollte sich verstärkt um ein besseres Zusammenspiel der Beteiligten bemühen. Dazu zählen wirksame Abstimmungen zwischen den Bundesressorts unter Federführung des Bundeskanzleramtes. Viel zu oft entsteht der Eindruck, dass die Ziele der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie zugeschnitten auf die Hauptaufgaben jedes Ressorts gedacht werden, damit jedoch der umfassende Nachhaltigkeitsgedanke und folglich auch Teile der Nachhaltigkeitsstrategie auf der Strecke bleiben. Gleichzeitig sollten Erkenntnisse aus den Initiativen der verschiedenen Bundesressorts, wie Bildung für nachhaltige Entwicklung, die Zukunftscharta, das CSR(Corporate Social Responsibility)-Forum, die Biodiversitätsstrategie sowie das Aktionsprogramm Wirtschaft und Menschenrecht bei der Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele einfließen.

Darüber hinaus sollte sich die Bundesregierung weiter für eine bessere Zusammenarbeit mit Bundesländern und Kommunen einsetzen. Viele Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie und der SDGs sind vor allem durch Maßnahmen auf diesen Ebenen zu erreichen. Erforderlich ist hierzu ein strukturierter Dialog zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Außerdem ist die Schaffung von zusätzlichen Strukturen zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie auf diesen Ebenen notwendig.

Letztlich darf die Bundesregierung nicht nachlassen, eine Stärkung und Weiterentwicklung der Europäischen Nachhaltigkeitsstrategie unter systematischer Einbeziehung der globalen Nachhaltigkeitsziele einzufordern. Dies ist u. a. auch Voraussetzung für eine Verbesserung der vertikalen Kohärenz bei Umsetzung in nationale Nachhaltigkeitsstrategien der europäischen Mitgliedsstaaten. Der PBnE unterstützt die diesbezüglichen Bemühungen der Bundesregierung.

2. Eine Verbesserung der Nachhaltigkeitsprüfung im Rahmen der Gesetzesfolgenabschätzung

Bei der durch den PBnE durchgeführten formellen Bewertung der Nachhaltigkeitsprüfung im Rahmen der Gesetzesfolgenabschätzung gemäß § 44 Absatz 1 Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien (GGO) werden immer wieder Schwächen offensichtlich. Wiederholt kam es zu Prüfbitten, weil die Darstellung der Nachhaltigkeitsprüfung fehlte oder wesentliche Aspekte unberücksichtigt geblieben waren. Zwar können die Folgenabschätzungen keinesfalls eine politische Entscheidung ersetzen. Gleichwohl ermöglichen sie eine Abschätzung von Zielkonflikten, führen zu mehr Transparenz und erleichtern die eventuell erforderliche Suche nach Alternativen. Vor diesem Hintergrund sollte dem Prüfmechanismus mehr Beachtung beigemessen werden, weil er maßgeblich zu einer besseren Rechtsetzung für eine nachhaltige Entwicklung beitragen kann. Die Bundesregierung sollte prüfen, wie Qualität, Transparenz und Systematik bei der Gesetzesfolgenabschätzung verbessert werden können. Darüber hinaus prüft der Beirat die Ausweitung hin zu einer materiellen Prüfung.

3. Eine qualitative und ambitionierte Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele

Die Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele im Rahmen der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie bietet die Chance, unsere deutsche Nachhaltigkeitspolitik neu auszurichten – bei gleichzeitiger Bewahrung bzw. Fortentwicklung bewährter Ziele und Indikatoren der Strategie.

Bei diesem Transformationsprozess sollten die eigenen ehrgeizigen nationalen Ziele beibehalten werden; gleichzeitig sollte Deutschland die Fähigkeit aufbringen, zu einzelnen Themen wie etwa im Bereich der nachhaltigen Produktions- und Konsummuster Weiterentwicklungsnotwendigkeiten zu erkennen und sich insofern als „Entwicklungsland“ verstehen. So können im Rahmen des Umsetzungsprozesses durchaus einzelne Ziele des bisherigen Indikatorenansatzes ersetzt werden. Ungeachtet dessen spricht sich der PBnE jedoch dafür aus, bei der Fortschreibung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie neue Ziele zu den Themen Bekämpfung von Armut bzw. Ungleichheit, Schutz der Ozeane, Qualitäts- und Versorgungssicherheit von bzw. mit Wasser sowie zur oben genannten Förderung eines nachhaltigen Konsums aufzunehmen. Dabei gilt es auch, nicht hinter international eingegangene Verpflichtungen zurückzufallen. Vor diesem Hintergrund wäre eine Erweiterung der derzeit 38 nationalen Nachhaltigkeitsziele um 169 globale Unterziele wenig hilfreich. Erforderlich ist eine zielgerichtete Umsetzung der SDGs durch eine überarbeitete nationale Nachhaltigkeitsstrategie, die weiterhin eine politische Steuerung der Ziele ermöglicht, übersichtlich und kommunizierbar ist. – Soweit bestehende Ziele der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie weitergeführt werden, sollten sie möglichst zum Jahr 2030 fortgeschrieben und gleichzeitig ihre Relevanz für eine bessere Rechtsetzung mit Blick auf die Gesetzesfolgenabschätzung berücksichtigt werden.

4. Eine breite Teilhabe und Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit

Der Prozess zur Fortschreibung 2012 und der damit einhergehenden Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele muss unter konsequenter, breit angelegter Einbeziehung interessierter Kreise, zivilgesellschaftlicher Akteure, der Ressorts sowie des PBnE geschehen. So kann die Implementierung in alle Politikbereiche vorangebracht werden und erhöhen sich die Akzeptanz sowie Glaubwürdigkeit des Ziels einer nachhaltigen Entwicklung.

Gleichzeitig gilt es, die Öffentlichkeitsarbeit zu verstärken. Der Umsetzungsprozess benötigt für einen breiten gesellschaftlichen Zuspruch größtmögliche Transparenz; Nachhaltige Entwicklung ist als ein Gemeinschaftswerk zu verstehen, das die Mitarbeit aller relevanten Akteure und die Einbeziehung der breiten Gesellschaft erfordert.

5. Eine deutlich sichtbare Vorreiterrolle

Deutschland sollte insgesamt, vor allem die politischen Institutionen und deren Verwaltungen, eine deutlich sichtbare Vorreiterrolle einnehmen. Das gilt für den Deutschen Bundestag sowie die Bundesregierung, deren nachgeordnete Bereiche aber auch für Unternehmen mit Staatsbeteiligung. Das 2015 fortentwickelte *Maßnahmenprogramm Nachhaltigkeit – Nachhaltigkeit konkret im Verwaltungshandeln umsetzen* zeigt die Handlungsbereitschaft der Bundesregierung. Jetzt muss dessen konsequente Realisierung erfolgen und öffentlichkeitswirksam über die dabei gesammelten Erfahrungen berichtet werden. Darüber hinaus sollten Unternehmen mit Staatsbeteiligung den Deutschen Nachhaltigkeitskodex anwenden. Insgesamt gilt es, bei politischen Entscheidungen, das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung sichtbarer ins Zentrum der damit einhergehenden Debatten zu stellen.

II. Bewertung der Indikatoren

Mit Blick auf den Fortschrittsbericht 2012 ist festzustellen, dass seitdem viele Entwicklungen stagnieren. Der PBnE verweist insoweit auf seine dazu veröffentlichte Stellungnahme (Bundestagsdrucksache 17/11670).

1. Überblick

Der hier im Fokus stehende Indikatorenbericht 2014 zeigt einige positive Trends, wie beim Ausbau der erneuerbaren Energien, dem Abbau öffentlicher Finanzschulden und der Erhöhung des Beschäftigungsniveaus. Dem stehen jedoch negative Entwicklungen in den Bereichen Artenvielfalt, Mobilität, gesamtstaatlicher Schuldenstand sowie Zukunftsinvestitionen gegenüber. Hier besteht Handlungsbedarf. Im Bereich des Klimaschutzes beeinträchtigen aktuell steigende Treibhausgasemissionen die bisherigen Fortschritte. Darüber hinaus gibt es viele Ziele, die

sich zwar in die richtige Richtung, gleichwohl zu langsam, entwickeln. Bei der Energie- und Rohstoffproduktivität, dem Primärenergieverbrauch, umweltverträglicher Landbewirtschaftung, Gleichstellung sowie Flächeninanspruchnahme sind deshalb weitere Anstrengungen notwendig, um die Ziele zu erreichen.

2. Bewertung des Stands der Umsetzung

A – GENERATIONENGERECHTIGKEIT

Ressourcenschonung – Ressourcen sparsam und effizient nutzen

Indikator 1a, b – Energieproduktivität und Primärenergieverbrauch

Die Energieproduktivität soll sich von 1990 bis 2020 verdoppeln und lag 2014 bei 155,8 Prozent. Der Primärenergieverbrauch soll bis 2020 auf 76,3 Prozent und bis 2050 auf 47,7 Prozent sinken und lag 2014 bei 87,9 Prozent. Nach einer anfänglichen positiven Entwicklung haben sich beide Indikatorenwerte seit 2007 nur noch geringfügig verbessert, so dass zur Zielerreichung erhebliche Anstrengungen erforderlich sind. Effizienzgewinne – vornehmlich in der Industrie – wurden durch einen erneut gestiegenen absoluten Verbrauch weitgehend aufgezehrt. Beim privaten Konsum kommen die Reboundeffekte deutlich zum Tragen, d.h. Effizienzgewinne werden ganz oder teilweise wieder aufgezehrt. So werden Energieeinsparungen im Privaten in der Summe durch weitere energieverbrauchende Anschaffungen (wie beispielsweise durch die im Laufe der Jahre gestiegenen Wohnungsgrößen) nivelliert. Zu bedenken ist, dass der Indikator den Energieverbrauch importierter Güter und Fertigteile nicht enthält.

Der PBnE fordert wirksamere Strategien, um sogenannten Reboundeffekten zu begegnen und den zügigen Ausbau der regenerativen Energien, bei dem die Länder und Kommunen sowie die Bürgerinnen und Bürger verstärkt mit einzubeziehen sind, auch um den Klimaschutz voranzubringen.

Indikator 1c – Rohstoffproduktivität

Nach anfänglicher positiver Entwicklung stagniert die Rohstoffproduktivität seit vielen Jahren. Bei einem Wert von 147,8 Prozent in 2013 ist die geplante Verdoppelung von 1994 bis 2020 nur mit deutlich verstärkten Anstrengungen erreichbar. Die Darstellung der indirekten Importe in der Grafik zeigt, dass Deutschland sich vermehrt auch für die Rohstoffeffizienz von importierten Gütern und Fertigteilen einsetzen muss. Das deutsche Ressourceneffizienzprogramm (ProgRes) enthält gute Analysen und betrachtet die gesamte Wertschöpfungskette, die konkreten Maßnahmen müssen jedoch noch weiter entwickelt werden, um eine Wirksamkeit zu erzielen. Inzwischen liegt ein Vorschlag für *ProgRes2* vor, der in den nächsten Monaten diskutiert wird.

Der PBnE fordert eine Ausweitung der Produktverantwortung, damit bei der Herstellung die hohe Wiederverwertbarkeit von Rohstoffen mitgedacht wird. Dazu sind wirksame Maßnahmen einer umfassenden Produktpolitik (Ökodesign) sowie ein neues Wertstoffgesetz erforderlich. Zudem müssen bei der Rohstoffentnahme Menschenrechts-, Umwelt- und Sozialstandards mit berücksichtigt werden, was bislang nur partiell geschieht. Der PBnE verweist dazu auf seine Positionspapiere „Wachstumspotenzial Umwelttechnologien“ und „Natürliche Ressourcen – Steigerung der Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft“ aus der 17. Wahlperiode.

Hier könnte ein Konsumindikator nützlich sein, der den Ressourcen- und Energieverbrauch sowie die Treibhausgasemissionen der in Deutschland konsumierten Güter einbezieht.

Klimaschutz – Treibhausgase reduzieren

Indikator 2 – Treibhausgasemissionen

Deutschland geht mit ambitionierten Zielen voran, indem die Treibhausgasemissionen von 1990 bis 2020 auf 60 und bis 2050 auf 20 bis 5 Prozent reduziert werden sollen. Mit 76,3 Prozent in 2013 wurde das erste Etappenziel von 79 Prozent bis 2008 übertroffen. Seit 2009 aber stagniert der Indikator. Zudem weist er nur die Treibhausgasemissionen im Inland aus. Emissionen zur Herstellung der im Ausland produzierten Güter, die in Deutschland konsumiert werden, sind nicht enthalten. Die Verantwortung liegt damit im Inland. Die Emissionen entstehen laut Indikatorenbericht vorwiegend bei der Verbrennung fossiler Energieträger wie Kohle, Erdöl und Erdgas, aber auch die Eisen- und Stahlproduktion, Lösungsmittel, Mineraldüngereinsatz, Tierhaltung und Deponien seien mit verantwortlich.

Der PBnE fordert, dass Deutschland mit weltweit relativ hohen Pro-Kopf-Emissionen bei Treibhausgasen weiter ambitioniert voranschreiten muss. Allen voran braucht es ein Konzept zum schrittweisen Ausstieg aus der Verbrennung der fossilen Energieträger Kohle und Erdöl. Fossile Energieträger können eventuell für spätere Entwicklungen essentiell sein. Weitere große Herausforderungen sind die Reduzierung des Bedarfs an Deponieraum durch eine höhere Recyclingquote, die Reduzierung des Düngemitelesinsatzes, auch um den Boden zu schützen sowie eine artgerechte Nutztierhaltung und die Reduzierung der Lebensmittelverschwendung. Dafür fordert der PBnE bald wirksame Konzepte, die über die Informationskampagne des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft hinausgehen.

Auf internationaler Ebene sind wegen unzureichender Ergebnisse der bestehenden Abkommen weitere Schritte in Richtung Klimaschutz nötig, die Produktionsverlagerungen ins weniger regulierte Ausland verhindern.

Erneuerbare Energien – Zukunftsfähige Energieversorgung ausbauen

Der Stand der Indikatoren zeigt, dass Deutschland beim quantitativen Ausbau der erneuerbaren Energien auf einem guten Weg ist. Die angestrebten Ziele scheinen vor diesem Hintergrund erreichbar.

Indikator 3a – Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch

Der Anteil erneuerbarer Energien soll 2020 bei 18 und 2050 bei 60 Prozent liegen. 2013 lag er bei erfreulichen 12,4 Prozent. Für die Zielerreichung sind jedoch enorme Anstrengungen erforderlich, da die Bereiche Wärmeerzeugung sowie Verkehr nach wie vor stark von fossilen Energieträgern abhängig sind. Hier gibt der Preis bislang kein mengensteuerndes Signal. Um den Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttoendenergieverbrauch insgesamt deutlich zu steigern, sind neue Konzepte erforderlich.

Der PBnE fordert, die Forschung zur Energiegewinnung für den Verkehrs- und den Wärmebereich zu stärken und wenn erforderlich auszubauen. Ein umfangreiches Konzept zwischen Bund, Ländern und Kommunen zum konsequenten weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien ist dringend erforderlich, um die Haushaltsmittel zielgerichtet einsetzen zu können.

Indikator 3b – Anteil des Stroms aus erneuerbaren Energiequellen am Stromverbrauch

Die Einführung von Zwischenzielen beim Stromverbrauch für 2025 von 40 - 45 Prozent und für 2035 von 55 - 60 Prozent ist neu; 2050 sollen 80 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien gewonnen werden. Der PBnE begrüßt dies, sowie die Anhebung des ursprünglichen Ziels von 35 Prozent für 2020 auf 40 - 45 Prozent. 2014 lag der Anteil bei vorläufig 27,8 Prozent, so dass die gesetzten Ziele bei kontinuierlicher Anstrengung erreichbar scheinen.

Der PBnE fordert mit Verweis auf den Peer Review Bericht 2013 eine verstärkte Planung entlang einer Zeitachse unter Einbezug der Länder, Kommunen und der Bürgerinnen und Bürger sowie entsprechende Investitionen in Netze, Speicher und Effizienz, auch um die Stromversorgung nicht zu gefährden und umstellungsbedingte Preissteigerungen für finanzschwache Haushalte niedrig zu halten. Zudem sollten Verbraucherinnen und Verbraucher vom sinkenden Preis erneuerbarer Energien zügig profitieren. Statt die letzten Reserven fossiler Energien zu verbrennen, sind die erneuerbaren Energien zügig in Markt und Netz zu integrieren. Gleichzeitig sollte die Technologie und der Finanzmechanismus so weiter entwickelt werden, dass die vollständige Umstellung bei der Stromerzeugung bereits früher erreicht werden kann. Eine weitergehende Reform des Strommarktes scheint hierfür ebenfalls nötig.

Flächeninanspruchnahme – Nachhaltige Flächennutzung

Indikator 4 – Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche

Der PBnE stellt erneut fest, dass sich der Zuwachs an Siedlungs- und Verkehrsfläche tendenziell abgeschwächt hat. Gleichwohl ist eine nachhaltige Flächennutzung zum Erhalt der Biodiversität und damit auch zur Gewährleistung der Generationengerechtigkeit noch nicht gegeben. Vielmehr müssen die derzeitigen Anstrengungen intensiviert werden, um das vorgegebene Reduktionsziel von lediglich 30 Hektar (ha) pro Tag bis zum Jahr 2020 – ausgehend von einer Flächeninanspruchnahme in Höhe von 73 ha im Jahr 2013 – erreichen zu können.

Impulse können dabei von den Programmen der Bundesregierung zur nachhaltigen Stadtentwicklung, dem Modellprojekt Flächenzertifikathandel, dem Baurecht und der Verkehrswegeplanung ausgehen. Darüber hinaus gilt es jedoch auch – gerade vor dem Hintergrund der begrenzten Zuständigkeit des Bundes – den Schulterschluss mit den Ländern und vor allem Kommunen zu suchen. Sie sind zuständig und tragen die Verantwortung für die Ausweisung von Bauland und Infrastrukturprojekten.

Artenvielfalt – Arten erhalten und Lebensräume schützen

Indikator 5 – Artenvielfalt und Landschaftsqualität

Der PBnE bedauert die andauernde Gewitterstimmung bei der Artenvielfalt und sieht hier dringenden Handlungsbedarf. Der anhand von Beständen von 51 Vogelarten errechnete Indikatorenwert lag 2011 bei 63 Prozent des Zielwerts und damit beim schlechtesten je gemessenen Wert. Alarmierend ist der Wert des Teilindikators für das Agrarland. Dieser ist 2011 bis auf 56 Prozent des Zielwerts abgesunken und hat sich in den letzten zehn Jahren statistisch signifikant verschlechtert. Auch der Teilindikator für Küsten und Meere, der bis 2011 auf 61 Prozent des Zielwerts absank, ist äußerst bedenklich. Die wichtigsten Ursachen für den Rückgang der Artenvielfalt sind eine intensive land- und forstwirtschaftliche Nutzung, Zerschneidung und Zersiedelung der Landschaft, Versiegelung von Flächen sowie Stoffeinträge (beispielsweise Säurebildner oder Nährstoffe). Auch der zunehmende Energiepflanzenanbau kann negative Auswirkungen auf Landschaftsqualität und Artenvielfalt haben.

Der PBnE stimmt der Aussage im Indikatorenbericht zu, dass erhebliche zusätzliche Anstrengungen von Bund, Ländern und auf kommunaler Ebene in möglichst allen Politikfeldern mit Bezug zum Natur- und Landschaftsschutz erforderlich sind, um die Entwicklung umzukehren. Auch das Ziel der europäischen Biodiversitätsstrategie, den Verlust an biologischer Vielfalt in der EU bis 2020 zum Stillstand zu bringen, bedarf großer Anstrengung. Die Halbzeitbewertung der europäischen Biodiversitätsstrategie untermauert den hohen Handlungsbedarf.

Biodiversitätspolitik wird ungeachtet der nationalen und der europäischen Biodiversitätsstrategie und auch trotz der *UN-Dekade für Biodiversität* bisher nicht als Querschnittsaufgabe verstanden. Die Belange des Natur- und Artenschutzes sind verstärkt sowohl in der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft zu integrieren, als auch in der Verkehrs-, Klimaschutz- und Energiepolitik zu berücksichtigen.

Der PBnE empfiehlt, den Indikator Artenvielfalt, der auch Grundlage für die *Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt* ist, um einen für die Vielfalt im Meer dringend notwendigen Fischerei-Indikator zu erweitern. Der Eurostat-Monitoringbericht 2013 zur nachhaltigen Entwicklung zeigt, dass dazu bereits unterschiedliche Erhebungen vorliegen.

Staatsverschuldung – Haushalt konsolidieren und Generationengerechtigkeit schaffen

Indikatoren 6a, b, c – Staatsdefizit, Strukturelles Defizit, Schuldenstand

Vor dem Hintergrund der Finanzkrise 2008/2009 ist der Rückgang des Staatsdefizits als Teilerfolg für die positive Entwicklung zu bewerten. Insbesondere die Vorgaben des Maastrichter Vertrages, nach dem das jährliche Staatsdefizit den Referenzwert von drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) ab dem Jahr 2012 nicht überschreiten darf, ist im Sinne einer Konsolidierung der Staatsfinanzen und somit einer nachhaltigen Entwicklung besonders hervorzuheben.

Die Bemühungen der Bundesregierung, den Referenzwert von drei Prozent des BIP auch in den kommenden Jahren nicht zu überschreiten, sind zwar richtig, doch weist der PBnE ausdrücklich darauf hin, dass ihn die Entwicklung des gesamtstaatlichen Schuldenstandes (Indikator 6c) mit 74,7 Prozent des BIP in 2014 beunruhigt. Ein Schuldenstand von insgesamt 2147 Milliarden Euro Staatsschulden (Bund, Länder und Gemeinden) 2013 ist immer noch hoch. Positiv ist, dass die Entwicklung mit einem leichten Abbau der Schulden seit 2012 in die richtige Richtung geht. So sank der gesamtstaatliche Schuldenstand bis Ende 2014 auf 2048 Milliarden Euro. Im Jahr 2014 gelang es dem Bund erstmals seit 1969 zur Ausgabendeckung keine neuen Schulden aufzunehmen. Dies ist ein Zeichen für eine verstetigte Schuldenstandsreduktion, die neue Handlungsspielräume für Bund, Ländern und Gemeinden ermöglichen kann.

Wirtschaftliche Zukunftsvorsorge – Gute Investitionsbedingungen schaffen und Wohlstand dauerhaft erhalten**Indikator 7 – Verhältnis der Bruttoanlageinvestitionen zum BIP**

Das Verhältnis der Bruttoanlageinvestitionen zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) gibt Anlass zur Sorge. Von 1991 bis 2014 sank der Anteil von 24,9 auf 20 Prozent. Es gibt zwar keinen Zielwert, doch sollte die Investitionsquote möglichst über dem Durchschnitt der OECD-Staaten liegen. Entgegen den Erwartungen in der letzten Stellungnahme des PBnE von 2010, als der PBnE die kurzzeitige Erhöhung der Investitionsquote 2010 als positives Signal wertete, nahm die Quote seitdem wieder ab. Seit 1991 entwickelt sich der Indikatorenwert im gleitenden Durchschnitt entgegen der gewünschten Richtung. Daher sind Vorhaben der Bundesregierung zur Erhöhung der Investitionen insbesondere im öffentlichen Sektor u. a. durch Stärkung der infrastrukturellen Investitionen der Kommunen, durch den vorsorgenden Erhalt der Infrastruktur und durch Investitionen in die Energieeffizienz ein wichtiges Zeichen in die richtige Richtung, um direkte und indirekte Impulse zur Stärkung der Bruttoanlageinvestitionen zu geben. Der PBnE fordert Anreize für private Investitionen in eine nachhaltige Entwicklung zu prüfen.

Innovation – Zukunft mit neuen Lösungen gestalten**Indikator 8 – Private und öffentliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung**

Für einen kontinuierlichen sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Strukturwandel in Deutschland sind Investitionen in Forschung und Entwicklung (FuE) unverzichtbar. Diese Investitionen sind Teil der EU-Strategie Europa 2020, wonach die FuE-Ausgaben bis 2010 auf drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts gesteigert werden. Der PBnE erkennt an, dass die Drei-Prozent-Marke 2012 nahezu erreicht wurde. Der PBnE fordert, bei der Forschung und Entwicklung Nachhaltigkeitsaspekte stärker zu berücksichtigen.

Bildung – Bildung und Qualifikation kontinuierlich verbessern

Der PBnE begrüßt die Entwicklung des Indikators 9 Bildung und berufliche Qualifikation ausdrücklich. Die demografische Entwicklung, gekennzeichnet u. a. durch einen zu erwarteten Rückgang der erwerbstätigen Bevölkerung von 65 Millionen im Jahre 2000 auf bis zu 51 Millionen in 2050 machen es notwendig, die jungen Menschen adäquat auf das Berufsleben und für eine erfolgreiche Erwerbsbiographie vorzubereiten. Hierbei bedarf es vielfältiger politischer Ansätze und eines verstärkten Engagements der Wirtschaft, um sowohl den Anteil der Schul-, Ausbildungs- und Studienabbrecher zu verringern als auch das System der dualen Berufsausbildung, der beruflichen Fortbildung und die Qualität der Hochschulbildung zu stärken.

Indikator 9a – 18- bis 24-Jährige ohne Abschluss

Der Rückgang des Anteils der 18- bis 24-Jährigen frühen Schulabgänger, die sich nicht in Bildung oder Ausbildung befinden, von 14,9 auf 10,4 Prozent von 1999 bis 2012 ist positiv zu bewerten. Es ist zu begrüßen, dass der Anteil höherer Schulabschlüsse (Realschule um 2,5 Prozent, Fachhochschulreife um 0,6 Prozent und der mit allgemeiner Hochschulreife um 10,5 Prozent) seit 1999 bis 2012 gestiegen ist. Ursprünglich sollte das Ziel von 10 Prozent bereits 2010 erreicht werden. Für 2020 war eine weitere Reduktion auf 4,5 Prozent geplant. Der PBnE bedauert, dass im Zuge der Anpassung an die EU-2020-Strategie das nationale ehrgeizigere Ziel aufgegeben wurde.

Der in 2012 zu beobachtende Rückgang von neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen ist zwar mit Blick auf die im Indikatorenbericht genannten Gründe erklärbar. Es sollte darauf geachtet werden, dass dieser Trend nicht anhält und gerade auch Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien und mit Migrationshintergrund über angemessene Schul- und Ausbildungsbedingungen Anschluss an die Arbeitswelt erhalten.

Wie jedoch schon in seiner letzten Stellungnahme zum Indikatorenbericht 2010 erkennt der PBnE, dass beim Teilindikator 9a der Aspekt der vorschulischen, kindlichen Entwicklung nach wie vor unberücksichtigt bleibt. Die Voraussetzungen für einen guten Schulabschluss werden jedoch bereits im frühkindlichen Alter geschaffen. Daher plädiert der PBnE wie schon in seiner letzten Stellungnahme, dafür ein Verfahren zu entwickeln, nach dem die vorschulische Entwicklung bundesweit vergleichend ermittelt und bewertet werden kann.

Indikator 9b – 30- bis 34-Jährige mit tertiärem oder postsekundärem nicht tertiären Abschluss

Die Entwicklung des Indikators ist insgesamt sehr positiv zu bewerten. Der PBnE begrüßt es, dass dieser Indikator schon 2012 mit 43,3 Prozent über der von Bund und Ländern vorgegebenen Zielmarke von 42 Prozent liegt. Der PBnE hofft, dass die Bundesregierung und die Länder weiter an dem erreichten Wert festhalten können und begrüßt, dass Absolventen mit zwei sekundären Abschlüssen (das kann der sogenannte zweiten Bildungsweg sein oder auch Berufsabschluss nach Hochschulreife) mit in den Indikator einfließen, da sie aus seiner Sicht als gleichwertig zu betrachten sind.

Indikator 9c – Studienanfängerquote

Der zu beobachtende hohe Anteil von Studienanfängerinnen und Studienanfängern 2012 mit 53,2 Prozent der Studienberechtigten eines Jahrgangs ist positiv zu bewerten. Die Entwicklung in diese Richtung wurde durch vielfältige Ursachen wie z. B. doppelte Abiturjahrgänge in den Ländern begünstigt. Es bleibt abzuwarten, ob sich dieses hohe Niveau verstetigt oder abflacht. Die Aufnahme von dualen Berufsausbildungen durch Hochschulberechtigte ist von 2003 bis 2012 von 14 auf 23,9 Prozent gestiegen.

Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung ist ein hoher Bildungsgrad einer Gesellschaft ein unverzichtbarer Beitrag für die Umsetzung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Dabei darf neben der hohen Akademisierung das System der dualen Berufsausbildung nicht vernachlässigt werden.

B – LEBENSQUALITÄT***Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit – Wirtschaftsleistung umwelt- und sozialverträglich steigern*****Indikator 10 – BIP je Einwohner**

Bei der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit gibt es keine Zielmarke. 2014 betrug das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf 33.100 Euro. Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ist wichtig, um den Weg hin zu einem nachhaltigen Wirtschaften zu bewältigen und ebenso für zahlreiche soziale Faktoren, wie Bildung, Arbeitskräfteangebot und den sozialen Zusammenhalt. Allein betrachtet sagt der Indikator wenig über eine nachhaltige Entwicklung aus. Wohlstand und Lebensqualität gibt es nur, wenn beim Wirtschaften die begrenzten natürlichen Ressourcen sowie die Menschenrechte und Arbeitsschutzstandards respektiert werden. Das bedeutet eine Entkoppelung des Ressourcenverbrauchs von Wachstum und die Einhaltung von Sozialstandards entlang der gesamten Wertschöpfungskette.

2013 waren 73,8 Prozent aller Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor tätig, nur 24,7 Prozent im Produzierenden Gewerbe. Deutschlands Güterkonsum hängt damit wesentlich von der Produktion in anderen Nationen ab.

Der PBnE plädiert darüber hinaus dafür, die Wege zu einem nachhaltigen Wirtschaften durch eine ökologisch soziale Marktwirtschaft aktiv zu entwickeln und dabei die globalen Wirkungen inländischen Wirtschaftens zu berücksichtigen. Er fordert, dass die Bundesregierung im Rahmen der Umsetzung der EU-Richtlinie zur Angabe nichtfinanzieller und die Diversität betreffender Informationen durch bestimmte große Unternehmen und Gruppen schrittweise den produzierenden Unternehmen im Anwendungsbereich der Richtlinie mindestens den Deutschen Nachhaltigkeitskodex verpflichtend vorschreibt.

Mobilität – Mobilität sichern und Umwelt schonen**Indikator 11a – Gütertransportintensität**

Die Gütertransportintensität ist von 1999 bis 2012 um vorläufig 8,8 Prozent gestiegen und entwickelt sich weiterhin besorgniserregend. Ziel ist eine Senkung um fünf Prozent bis 2020, die ohne konsequente Maßnahmen nicht erreicht werden kann. Laut Indikatorenbericht hat der Transport von Vorprodukten für die Fertigung zugenommen, ebenso sind die Entfernungen zwischen den Orten der Herstellung und der Verwendung größer geworden. Hier wäre eine Information hilfreich, welche Gründe und Notwendigkeiten dieser Entwicklung zugrunde liegen. Nicht zu erkennen ist der Umfang des Verkehrs aufgrund der Auslandsverflechtungen. Ebenso nicht der Transportumfang deutscher Im- und Exportgüter im Ausland. Auf deutschen Straßen sind deutlich mehr Lastkraftfahrzeuge mit ausländischen Kennzeichen unterwegs; es ist aber nicht zu erkennen, ob diese eventuell teilweise im Auftrag von inländischen Unternehmen fahren, da Transporte auch an ausländische Spediteure ausgelagert werden.

Der Energieverbrauch ging insgesamt zwar leicht zurück, eine Entkoppelung ist aber nicht zu erkennen. Der Energieverbrauch je Tonnenkilometer stagniert.

Der PBnE fordert einen neuen Anlauf zur Bewältigung der komplexen internationalen Güterverkehrsströme, sowohl im Hinblick auf die weiter steigende Güterbeförderungsleistung als auch auf den Energieverbrauch. Ein wichtiger Ansatzpunkt ist, Kostenwahrheit herzustellen und die externen Kosten des Verkehrs zunehmend zu internalisieren.

Indikator 11b – Personentransportintensität

Die Personentransportintensität stagniert mit vorläufig 91,7 Prozent auf dem Niveau von 2007; Ziel ist eine Reduktion von 1999 bis 2020 auf 80 Prozent. Positiv ist, dass 2012 trotz steigender Personenbeförderungsleistung der Energieverbrauch absolut und je Personenkilometer leicht gesunken ist. Es ist aber noch zu früh, um von einer Entkoppelung des Energieverbrauchs von der Beförderungsleistung zu sprechen. Positiv ist wiederum, dass der Schienen- und Omnibusverkehr stärker gestiegen ist als der motorisierte Individualverkehr (MIV), wobei letzterer mit rund 80 Prozent weiterhin dominiert. Innerhalb des MIV ist der Reiseverkehrsanteil mit rund 35 Prozent am höchsten, gefolgt vom Berufsverkehr mit knapp 20 Prozent, Einkauf knapp 18 Prozent und Geschäftsverkehr rund 14 Prozent. Der Inlandsluftverkehr stieg um denselben Anteil wie MIV, Schiene und Omnibus zusammen.

Der PBnE fordert, die Rahmenbedingungen zur Nutzung der umweltfreundlichen Verkehrsmittel zu verbessern. So sind deutlichere Anstrengungen erforderlich, fossile Kraftstoffe durch umweltfreundliche erneuerbare Energien zu ersetzen und den Energieverbrauch pro Personenkilometer weiter zu senken, indem u. a. schrittweise ambitionierte CO₂-Grenzwerte für alle Neufahrzeuge eingeführt werden. Neben einem konsequenten Energiekonzept sollte demnach auch die Zahl der zurückgelegten Personentransportkilometer stärker ins Blickfeld gerückt werden.

Indikatoren 11c, d – Anteile des Schienenverkehrs und der Binnenschifffahrt

Ein Viertel aller Gütertransporte soll bis 2015 auf der Schiene erfolgen, 14 Prozent auf dem Wasser. Erreicht wurden 2012 vorläufig 18,2 Prozent bzw. 9,7 Prozent. Gütertransporte auf dem Wasser und insbesondere auf der Schiene sind deutlich umweltfreundlicher als auf der Straße. Gleichwohl sind die politischen Rahmenbedingungen hierfür nicht ausreichend gesetzt, so dass die Straße, insbesondere für den ausländischen Güterverkehr – trotz Lkw-Maut – immer noch attraktiver ist.

Angesichts der zu erwartenden weiter steigenden Güterbeförderungsleistung fordert der PBnE eine Überprüfung der Güterverkehrsstrategie. Auch hier verweist der PBnE auf das Instrument, den jeweiligen Verkehrsmitteln die verursachten Emissionen schrittweise zuzuordnen, um eine realistische Wahlmöglichkeit herzustellen.

Die See- und Binnenschifffahrt sind gemessen am Energieverbrauch und Emissionen pro beförderte Tonne die umweltverträglichsten Verkehrsmittel. Trotz erreichter Fortschritte, wie z. B. durch MARPOL Annex VI (Abgasvorschriften für die Seeschifffahrt), müssen beim Schadstoffausstoß noch weitere Anstrengungen zur Reduzierung unternommen werden. Das Motorenaustauschprogramm für Binnenschiffe ist deshalb fortzusetzen. Negative Auswirkungen auf das Ökosystem durch den weiteren Ausbau von Binnenschifffahrtsstraßen und von Häfen sind zu vermeiden.

Landbewirtschaftung – In unseren Kulturlandschaften umweltverträglich produzieren

Indikator 12a – Stickstoffüberschuss

Stickstoff ist für die Landwirtschaft ein wichtiger Nährstoff. Ein Stickstoffüberschuss aber hat nachteilige Auswirkungen u. a. auf das Grund- und Trinkwasser sowie die Luft- und Bodenqualität. Obwohl die Überschüsse seit 1990 von 148 auf 95 kg/ha in 2013 deutlich gesenkt wurden, liegen sie weit über dem Zielwert des Jahres 2010 von 80 kg/ha. Die Senkung geht hauptsächlich auf ein verbessertes Düngemanagement zurück. Regionale Stickstoffüberschüsse sind u. a. die Folge von intensiver Tierhaltung und der zunehmenden geografischen Trennung zwischen Anbau von Nutzpflanzen und der Haltung von Tieren. Momentan kann Deutschland die Vorgaben der EU-Wasserrahmenrichtlinie nicht einhalten. Die Europäische Kommission hat gegen Deutschland daher ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet.

Der PBnE fordert, die Düngeverordnung entsprechend den Vorgaben der Kommission und der einschlägigen EU-Richtlinien anzupassen. Die gute fachliche Praxis in der Landwirtschaft muss weiter entwickelt werden, z. B.

durch ein konsequentes Nährstoffmanagement, standortabgestimmte Bewirtschaftungsmaßnahmen sowie geeignete Nutzpflanzensorten, die konsequente Durchsetzung wirksamer Sanktionsmechanismen gemäß Düngeverordnung. Zudem sollte darauf hingewirkt werden, die Lebensmittelverschwendung zu reduzieren. Das hat positive Auswirkungen auch auf die eingangs genannten weiteren Nachhaltigkeitsindikatoren.

Indikator 12b – Ökologischer Landbau

Der weiter gestiegene Anteil des ökologischen Landbaus, der auch Umstellbetriebe mit erfasst, ist erfreulich, weil davon viele weitere Nachhaltigkeitsindikatoren profitieren, u. a. Ressourcen- und Klimaschutz, Flächeninanspruchnahme und Artenvielfalt sowie Luftqualität. Die Steigerungsraten sind jedoch zu marginal, um das 20-Prozent-Ziel in absehbarer Zeit zu erreichen. Der hohe Import von ökologisch erzeugten Lebensmitteln bedeutet, dass noch unternehmerische Potenziale für die ökologische Landwirtschaft vorhanden sind, um die angestrebte Erhöhung des Anteils von 6,0 Prozent in 2013 auf 20 Prozent zu erreichen, wie dies ursprünglich für 2010 angestrebt war. EU-weit führt 2012 Österreich mit 18,6 Prozent die Liste an, gefolgt von Schweden, Estland und Tschechien. Problematisch in Deutschland könnte laut Indikatorenbericht die Konkurrenz um Pachtflächen für den Anbau von Energiepflanzen einerseits und die Produktion von Nahrungs- und Futtermitteln andererseits sein.

Positiv ist weiterhin, dass auch der Anteil von Lebensmitteln, die nicht nach den Kriterien des ökologischen Landbaus, aber dennoch nachhaltig erzeugt werden, im Einzelhandel zunimmt. Leider ist eine nachhaltige Landwirtschaft nicht definiert, so sehr ein sparsamerer Energie-, Wasser- und Düngemittelverbrauch und der Schutz der Bodenqualität zu begrüßen sind.

Um die verschiedenen Formen nachhaltiger Landwirtschaft zu unterstützen und insbesondere den Anteil ökologisch bewirtschafteter Fläche auszuweiten, sollten Konzepte und Strategien für eine noch gezieltere Förderung erarbeitet werden. Dazu sind die politischen Rahmenbedingungen zu analysieren, um in Erfahrung zu bringen, wie das 20-Prozent-Ziel erreicht werden kann.

Der PBnE fordert weiterhin Produktinformationen sowie Kampagnen, um das Bewusstsein für und die Kenntnisse über regionale, saisonale und ökologisch produzierte Lebensmittel zu fördern. Die Nachhaltigkeit eines Produktes hängt darüber hinaus auch von der für die Lagerung und den Transport aufgewendeten Ressourcen ab.

Luftbelastung – Gesunde Umwelt erhalten

Indikator 13 – Schadstoffbelastung der Luft

Die Reduzierung der Schadstoffbelastung der Luft verläuft zweigeteilt. Während sowohl die Emissionen von Schwefeldioxid als auch die Emissionen von flüchtigen organischen Verbindungen ohne Methan relativ schnell und deutlich gesenkt werden konnten, verharren die Emissionen von Stickstoffoxiden mit und ganz besonders Ammoniak mit knapp 80 Prozent deutlich über dem Zielwert von 30 Prozent für 2010. Dieses Ziel ist bis heute noch nicht fortgeschrieben. Hauptverursacher sind Verkehr und Energie. Die Ammoniak-Emissionen stammen laut Indikatorenbericht zu 93 Prozent aus der Landwirtschaft, konkret aus der Nutztierhaltung. Weiterhin hohe Ammoniaketräge in den Boden bergen schon heute erhebliche Gefahren, denn Ammoniak wandelt sich in eine der zahlreichen anderen umweltwirksamen stickstoffhaltigen Verbindungen um, mit negativen Folgen für die Qualität der Atemluft (Bildung von Feinstaub und Ozon), die Wasserqualität (Nitrat im Grundwasser) und verschärft den Klimawandel (Lachgas).

Der PBnE fordert eine Zielfortschreibung bis 2030 und ein Etappenziel für etwa 2020. Darüber hinaus fordert der PBnE konsequente Maßnahmen zur Erreichung der Ziele von 2010, insbesondere den zügigen Ausbau der erneuerbaren Energien, die Verringerung des fossilen Energieverbrauchs auch beim Verkehr, bspw. durch Maßnahmen zur Reduktion des Schadstoffausstoßes mittels E-Mobilität, Gasantriebe etc. Der PBnE fordert außerdem ein Konzept für eine an die natürlichen Ressourcen angepasste Nutztierhaltung sowie eine artgerechte Tierhaltung inklusive Maßnahmen zur Senkung von Ammoniakemissionen in der Stalltierhaltung, zur Vermeidung von Lebensmittelverschwendung, insbesondere beim Fleisch, wie z. B. die Stärkung der natürlichen Kreislaufwirtschaft in der Landwirtschaft. Um die Ammoniaketräge und ihre Gefahren für Boden und Trinkwasser zu verfolgen, schlägt der PBnE vor, einen Indikator Trinkwasserqualität einzuführen.

Gesundheit und Ernährung – Länger gesund leben

Indikatoren 14a, b – Vorzeitige Sterblichkeit

Die vorzeitige Sterblichkeit (unter 65 Jahren) hat weiter abgenommen. 2012 starben laut Indikatorenbericht von 100.000 Personen 217 Männer und 130 Frauen vorzeitig. Die Ziele für 2015 von 190 (Männer) bzw. 115 (Frauen) könnten damit erreicht werden. Laut Indikatorenbericht sind Tumorerkrankungen mit rund 37 Prozent die häufigste Todesursache vor dem 65. Lebensjahr, Herz- und Kreislauferkrankungen mit knapp 20 Prozent die zweithäufigste. Unabhängig davon, ob das Ziel erreicht wurde oder nicht, geben diese Zahlen keine Auskunft darüber, inwiefern Determinanten wie Sozialstatus, Bildung und Beschäftigung Einfluss auf Mortalität und Lebenserwartung haben. Vor diesem Hintergrund sind aus Sicht des PBnE größere Anstrengungen nötig, um ungleiche Gesundheitschancen und soziale Unterschiede bei Mortalität und Lebenserwartung abzubauen.

Indikatoren 14c, d – Raucherquote von Jugendlichen und Erwachsenen

Die Erhebung findet nicht jährlich statt. Bei den Erwachsenen lag der Anteil 2013 bei 24,5 Prozent, wobei mit 29 Prozent mehr Männer rauchen als Frauen mit 20,3 Prozent. Das Ziel von 22 Prozent für 2015 könnte erreicht werden. Bei den Jugendlichen ging der Anteil der Raucher bis 2011 zurück, stieg 2012 aber wieder leicht an; womit aber das Ziel „unter 12 Prozent“ für 2015 annähernd erreicht ist. Der Anteil der Raucher ist für eine vorzeitige Sterblichkeit mit verantwortlich und spiegelt tendenziell das Gesundheitsbewusstsein der Gesellschaft wider, das noch deutlich gestärkt werden sollte.

Indikator 14e – Anteil der Menschen mit Adipositas (Fettleibigkeit)

Der Anteil der Menschen mit Adipositas ist weiter gestiegen. 2013 waren laut statistischem Bundesamt 15,7 Prozent der Menschen adipös, mit 17,1 Prozent mehr Männer als Frauen (14,3 Prozent). Erfreulich ist, dass – auch auf Empfehlung des PBnE – im Indikatorenbericht 2014 auf die bisher vorliegenden Erkenntnisse zu Adipositas bei Kindern eingegangen wird. Es sollte geprüft werden, ob für den nächsten Indikatorenbericht die erforderliche Datengrundlage für eine graphische Ausweisung der Entwicklung von Adipositas bei Kindern gegeben ist. Dadurch wäre ein frühzeitiges Warninstrument geschaffen, Fehlentwicklungen, die bei Kindern neben ungesunder Ernährung häufig auch auf Bewegungsmangel zurückzuführen sind, zu erkennen. Der PBnE bedauert, dass ein Zielwert fehlt. Das Präventionsgesetz 2015 ist ein erster Schritt, auch weil die Mittel aufgestockt wurden. Neben der Stärkung der betrieblichen Prävention soll damit künftig vor allem auch die Prävention im frühkindlichen Alter und im Alltag von Kitas und Schulen sowie anderen Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen gestärkt werden.

Der PBnE fordert, bei der Prävention wesentlich früher anzusetzen, indem werdende und junge Eltern stärker unterstützt und begleitet werden. Wie Studien und lokale Projekte zeigen, zahlen sich Investitionen im frühkindlichen Bereich mehrfach aus, wie z. B. bei der Gesundheit und der sozialen Kompetenz.

Kriminalität – Persönliche Sicherheit weiter erhöhen

Indikator 15 – Straftaten

Der PBnE begrüßt die auf seine Initiative erfolgte Änderung dieses Indikators. Vorher wurde das Ziel der persönlichen Sicherheit und damit auch ein Stück weit die Lebensqualität mit Hilfe der „Wohnungseinbruchsdiebstähle“ abgebildet. Es ist richtig, auch weitere Delikte in den Fokus zu nehmen. Dabei kommt insbesondere den anteilmäßig mit 16 Prozent relativ häufigen Betrugsfällen und, wenn auch mit geringem Anteil, die gefährliche und schwere Körperverletzung mit 2,3 Prozent erhebliche Bedeutung zu.

Der Indikator „Straftaten“ erlaubt eine Gesamtbetrachtung der Kriminalitätsentwicklung und damit einen genaueren Blick auf das Ziel, die persönliche Sicherheit weiter zu erhöhen. Darüber hinaus ist nach wie vor eine Betrachtung von Teilbereichen und damit eine gezielte Erweiterung der Perspektive möglich, wobei eine bundesweit einheitliche Erfassung sichergestellt sein muss.

Der Indikator hat sich 2014 mit 7.530 Straftaten je 100.000 Einwohnern gegenüber einer ab 2008 beginnenden positiven Entwicklung negativ entwickelt, so dass das für 2020 gesetzte Ziel wieder in die Ferne rückt. Um der „persönlichen Sicherheit“ im Rahmen des strategischen Leitziels Lebensqualität einen seiner Bedeutung für die Bürgerinnen und Bürger entsprechend hohen Stellenwert einzuräumen, plädiert der PBnE für einen ehrgeizigeren Zielwert.

C – SOZIALER ZUSAMMENHALT

Beschäftigung – Beschäftigungsniveau steigern

Indikator 16a, b – Erwerbstätigenquote

Der PBnE begrüßt die positive Entwicklung bei beiden Teilindikatoren und die vorzeitige Erreichung des Ziels bei Indikator 16b (Erwerbstätigenquote bei den Älteren) ausdrücklich. Die Erwerbstätigenquote bei den 55- bis 64-Jährigen nahm von 35,4 Prozent im Jahr 1993 auf 61,2 Prozent zu, so dass der Zielwert von 60 Prozent für das Zieljahr 2020 vorzeitig überschritten wurde. Das Ziel der Bundesregierung, den Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64-Jährige) bis zum Jahr 2020 auf 75 Prozent zu erhöhen (Indikator 16a), kann bei einer Fortsetzung der durchschnittlichen jährlichen Entwicklung der letzten fünf Jahre im Jahr 2020 erreicht werden.

Mit Blick auf diese positive Entwicklung darf die Bundesregierung jedoch nicht nachlassen, die Qualität der Erwerbstätigkeit in Deutschland zu hinterfragen und wo nötig, Maßnahmen zur Verbesserung zu treffen. Dabei ist bei der Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit in den Blick zu nehmen, dass die Erhöhung des Anteils erwerbstätiger Frauen nicht mit einer Erhöhung des Arbeitsvolumens einhergeht. Darüber hinaus plädiert der PBnE dafür, der Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit stärker entgegenzuwirken.

Trotz der Zielerreichung bei den 55- bis 64-Jährigen sind 40 Prozent ohne Beschäftigung. Der PBnE fordert, den Indikator vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der älter werdenden Bevölkerung weiter zu entwickeln. Der PBnE regt darüber hinaus an, unabhängig von der statistischen Abgrenzung auf EU-Ebene, bei einer über das Jahr 2020 hinausgehenden Perspektive auch die Altersgruppe über 64 Jahre in die Überlegungen zur Weiterentwicklung von Zielvorgaben einzubeziehen. Vor dem Hintergrund der schrittweisen Einführung einer Rente mit 67 Jahren ist die Beibehaltung der Evaluierung der Beschäftigtenquote der kurz vor dem Renteneintritt stehenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wichtig.

Perspektiven für Familien – Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern

Indikator 17a, b – Ganztagsbetreuung für Kinder

Der PBnE begrüßt die positive Entwicklung der Teilindikatoren. Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie ist es, bis 2020 für mindestens 35 Prozent der 0- bis 2-Jährigen (17a) Kinder eine Ganztagsbetreuung zu ermöglichen, 2014 lag der Wert laut Angaben des Statistischen Bundesamtes bei 15,3 Prozent. Bei den 3- bis 5-Jährigen (17b) soll dieser Anteil 2020 bei mindestens 60 Prozent liegen, 2014 lag der Wert bei 41,4 Prozent. Bei den 3- bis 5-Jährigen könnte das Ziel für 2020 erreicht werden, wenn sich die Entwicklung der letzten 5 Jahre fortsetzt. Bei den 0- bis 2-Jährigen wären bis 2020 rund 93 Prozent des Wegs zum Ziel zurückgelegt, der Zielwert würde also nur leicht verfehlt.

Der PBnE regt an, den Indikator um Darstellungs- bzw. Messoptionen zu erweitern, die seine Aussagekraft schärfen. So bildet der Indikator die starken regionalen Unterschiede (Ost-West, Stadt-Land) nicht ab und lässt auch keine Rückschlüsse auf den tatsächlichen Bedarf an Ganztagsbetreuung zu, was jedoch unerlässlich für eine bedarfsorientierte Zielvorgabe ist.

Aus demografischer Sicht sollte es unser Ziel sein, die Rahmenbedingungen für Familien so zu gestalten, dass Menschen tatsächliche Wahlfreiheit haben, sich für Kinder zu entscheiden. Ein Schritt in diese Richtung ist die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Eine bestimmte Geburtenrate ist keine Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung. Vielmehr muss eine schrumpfende Bevölkerung frühzeitig bei politischen Entscheidungen berücksichtigt werden, um etwa Infrastruktur und Sozialversicherungssysteme zukunftsfest zu machen.

Gleichstellung – Gleichstellung in der Gesellschaft fördern

Indikator 18 – Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern

Der PBnE bedauert, dass sich der Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern kaum verringert hat und die Bundesrepublik Deutschland immer noch einen der letzten Ränge im EU-Vergleich einnimmt. Das Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie von 2002 war es, eine Verringerung des Verdienstabstandes auf 15 Prozent bis zum Jahr 2010 und auf zehn Prozent bis zum Jahr 2020 zu erreichen. Bereits das für 2010 gesteckte Ziel wurde deutlich verfehlt.

2014 lag der Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern (der sogenannte Gender Pay Gap) bei durchschnittlich 22 Prozent, eine leichte Verbesserung gegenüber 23 Prozent im Jahr 2009. Bei gleichbleibender Entwicklung wird das Ziel von 10 Prozent im Jahr 2020 aber klar verfehlt werden.

Der PBnE teilt die Einschätzung im Indikatorenbericht, dass Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern in modernen Erwerbsgesellschaften ein Zeichen für soziale Ungleichheit sind. Die Verringerung der Lohnunterschiede ist ein Indikator für Fortschritte auf dem Weg zur Gleichstellung.

Die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu fördern, wird als staatlicher Auftrag durch Artikel 3 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes festgeschrieben. Dazu gehört als zentrale Aufgabe auch der Abbau der Lohndiskriminierung von Frauen. Zudem verpflichtet der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (Artikel 157, vormals Artikel 141 EGV) die Bundesregierung seit 1957, die Anwendung des Grundsatzes des gleichen Entgelts für Männer und Frauen bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit sicherzustellen. Frauen müssen ebenso wie Männer eine existenzsichernde Erwerbsarbeit ausüben können, mit gleichem Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort und gleichen Aufstiegschancen. Der öffentliche Dienst muss hier seiner Vorbildfunktion gerecht werden.

Der PBnE regt an, den Indikator um den Umstand zu erweitern, dass Frauen auch bei formal gleicher Qualifikation und Tätigkeit häufig schlechter entlohnt werden als Männer. Auch bei gleicher Arbeit bleibt im Durchschnitt ein Abstand von etwa sieben Prozent zu Lasten der Frauen. Somit ist der Hinweis auf „typische Frauenberufe“ und „typische Männerberufe“, mit dem der Lohnunterschied mitunter begründet wird, nicht zielführend. Auch der Hinweis, dass Frauen häufiger einer Teilzeitarbeit nachgehen, lenkt vom eigentlichen Problem ab. Denn letztendlich geht es beim Indikator 18 nicht um die Höhe des Monatsgehältes, sondern um den durchschnittlichen Bruttolohnstundenverdienst – und der sollte unabhängig von der wöchentlichen Arbeitszeit nicht unterschiedlich sein.

Der PBnE begrüßt das Engagement der Bundesregierung bei dem Vorhaben, den Verdienstabstand zwischen Männern und Frauen zu verringern. Es bleibt abzuwarten, inwieweit das beschlossene Gesetz zur Frauenquote in Führungspositionen (Gesetz für gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst) und das geplante Entgeltgleichheitsgesetz (Gesetz zur Lohngerechtigkeit zwischen Mann und Frau) die positive Entwicklung beschleunigen.

Integration – Integrieren statt ausgrenzen

Indikator 19 – Ausländische Schulabsolventen mit Schulabschluss

Der PBnE begrüßt, dass die Quote der ausländischen Absolventen allgemeinbildender Schulen mit einem Schulabschluss in den vergangenen Jahren leicht gestiegen ist. Sie lag 2012 bei 88,6 Prozent im Vergleich zu 95,1 Prozent bei den deutschen Jugendlichen. Das Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie, sie bis 2020 der Quote der deutschen Jugendlichen anzugleichen, ist ehrgeizig und die Erreichung bedarf weiterer Anstrengungen.

Der PBnE begrüßt die Beibehaltung der Indikatorendifferenzierung nach Schulabschlüssen. Bisher finden die berufliche Qualifizierung oder das Erreichen eines Hochschulabschlusses sowie die Sprachkompetenz bei der Einschulung, die für eine gelungene Integration genauso wichtig sind, noch keinen Niederschlag im Indikatorensystem. Der PBnE plädiert dafür, sowohl berufliche Qualifizierung als auch das Erreichen eines Hochschulabschlusses sowie die Sprachkompetenz bei der Einschulung in den Indikator einzubeziehen. Investitionen in der Vorschulphase können helfen, spätere und in der Regel höhere Ausgaben für mangelnde Arbeitsplatzqualifikation einzusparen. Vergleiche auch hierzu die Aussage des PBnE zu Indikator 9 a.

D – INTERNATIONALE VERANTWORTUNG

Entwicklungszusammenarbeit – Nachhaltige Entwicklung unterstützen

Indikator 20 – Anteil öffentlicher Entwicklungsausgaben am Bruttonationaleinkommen

Der Anteil öffentlicher Entwicklungsausgaben (Official Development Assistance, ODA) am Bruttonationaleinkommen ist 2012 zwar gegenüber dem Vorjahr absolut betrachtet mit 10,1 Milliarden Euro stabil geblieben, aber Deutschland ist vom zweit- zum drittgrößten Geber hinter USA (2011 0,2 Prozent) und Großbritannien (2011 0,56 Prozent) zurückgefallen und auch relativ ist der Anteil auf 0,37 Prozent in 2012 gesunken.

Der PBnE begrüßt das Bekenntnis der Bundesregierung zu ihren internationalen entwicklungspolitischen Verpflichtungen wie Armutsbekämpfung, Friedenssicherung, Demokratieförderung und gerechte Gestaltung der Globalisierung. Die Aufgabenerfüllung aus internationalen Verpflichtungen im Kampf gegen weltweite Armut, Unterentwicklung und im Einsatz für die Einhaltung der Menschenrechte, der Bekämpfung der Korruption und der Entwicklung von Demokratien darf in keine Konkurrenz zu anderen Aufgaben gestellt werden. Vor diesem Hintergrund ist die zusätzliche Aufstockung der Mittel um 8,3 Milliarden Euro für den Zeitraum von 2016 bis 2019 für die öffentliche Entwicklungshilfe ein positives Signal und ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Aber auch diese Erhöhung wird die ODA-Quote lediglich bei rund 0,4 Prozent des BIP verfestigen. Es sind weitere Aufwüchse nötig, um das beim G7-Gipfel in Elmau bestätigte 0,7 Prozent-Ziel zu erreichen.

Der PBnE begrüßt darüber hinaus das stärkere Engagement der Bundesregierung, die ODA-Mittel im Sinne einer nachhaltigen und demokratischen Entwicklung in den Nehmerländern einzusetzen. Dazu bedarf es entsprechender Strukturen vor Ort. Im Rahmen des Implementierungsprozesses der universellen Nachhaltigkeitsziele, der SDGs, könnte hierzu ein entsprechender Beitrag geleistet werden.

Märkte öffnen – Handelschancen der Entwicklungsländer verbessern

Indikator 21 – Deutsche Einfuhren aus Entwicklungsländern

Dem wachsenden Handel mit Schwellenländern steht ein stagnierender bzw. sogar rückläufiger Handel mit den ärmsten Ländern gegenüber. Rund zwei Drittel der Einfuhren stammten 2012 aus dem asiatischen Raum, davon rund 78 Milliarden (42 Prozent) aus China. Je rund 13 Prozent der Importe stammen aus Mittel-/Süd-Amerika und aus Afrika. Der Anteil der AKP-Staaten (Afrika, Karibik und pazifischer Raum), mit denen Deutschland und die EU besondere Beziehungen pflegen, ist mit 1,5 Prozent fast gleich geblieben, auch wenn sich die Einfuhren absolut betrachtet im Beobachtungszeitraum auf 13,7 Milliarden Euro mehr als verdreifacht haben.

Angesichts der anhaltenden Ungleichgewichte zwischen den Einfuhren aus Schwellen- und aus unterentwickelten Ländern fordert der PBnE eine stärkere Beteiligung der Entwicklungsländer am globalen Handel. Dabei sollten bestehende Abhängigkeiten beseitigt und die Wertschöpfung vor Ort gesteigert werden. Denn der hohe Anteil von Rohstoffen am Import verdeutlicht eine anhaltend mangelhafte nachhaltige Entwicklung in den rohstoffreichen Entwicklungsländern.

Der PBnE fordert weiterhin, bei den importierten Waren und Fertigteilen die gesamte Lieferkette unter Einbezug der Einhaltung der Menschenrechte, fairer Arbeitsbedingungen und des Schutzes der natürlichen Ressourcen der Erde stärker ins Blickfeld zu rücken.

Berlin, den 16. Dezember 2015

Andreas Jung
Vorsitzender

